

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 14spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Spezialanträgen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 14spaltige 25 mm, Vorzugsplätze sind Tarifi. Klummet. Aufträge geg. Vorzugsbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schreibführung und Hausvertriebsstelle: Marktplatz 38/40. Druck u. Verlag von Wipf & Reichardt in Dresden. Postfach-Numm. 1068 Dresden.

Druckort: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Nummer 25 241. Nur für Nachgespräche: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schenkungen werden nicht aufbewahrt.

Konstantinopel vor einer Revolution?

Verstärkung der Verbandstruppen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Konstantinopel, 17. Febr. Die unglücklichen Lebensverhältnisse in Konstantinopel haben das Elend stark vergrößert und die russische Sowjet-Regierung, die hier eine besondere Propagandakommission unterhält, hat große Erfolge. Die Entente glaubt, daß im geheimen eine bolschewistische Revolution vorbereitet wird. Die russische Kommando-Polizei als Druckmittel benutzen will. Die Entente truppen sind in den letzten Tagen erheblich verstärkt worden. Hier sind Tausende von Flüchtlingen aus Rußland durch das bolschewistische Geld zum Bolschewismus bekehrt worden. Das bolschewistische Komitee hat kürzlich aus Batum Geld erhalten, um diese Flüchtlinge zu unterstützen. Wenn es gelingt, die Verbandstruppen für den bolschewistischen Aufstand zu gewinnen, ist die Revolution da. Die Alliierten wollen Konstantinopel mit einer starken Armee besetzen. Die internationalen Vertreter haben den Großvater von den Maßnahmen verhindert, die sie zu ergreifen gedenken. Französisch-britische Verstärkungen sollen in Istanbul in öffentlichen Gebäuden einquartiert werden, wo bereits mehrere tausend Soldaten untergebracht sind. In den Moscheen, Kellern und Räumen der Stadt haben mehr als 100 000 ebemalige russische und türkische Soldaten ihr Quartier. Es fehlt ihnen aber an Bekleidung und Nahrungsmitteln, und daher ist man besorgt um die richtigen Vorräte an Lebensmitteln, die in den Moscheen liegen.

Griechenland gegen die Revision des Vertrages von Sevres.

Paris, 17. Febr. Der griechische Ministerpräsident Kalogeropoulos, der vorübergehend hier weilte, betonte Vertretern der Presse gegenüber, daß er nicht darin einwilligen werde, mit den Delegierten Kemal-Pascha am Verhandlungstische zu sitzen. Bezüglich der Anwesenheit Benjacos in London sagte er, daß er selbst der einzige offizielle Vertreter Griechenlands sei, und daß das griechische Volk die Rückkehr Konstantins gewünscht habe. Wenn man dem Äntia gestattet hätte, das Kommando der Truppen zu übernehmen, wogegen die Alliierten ihr Veto einlegt haben, so wäre die Kampagne gegen die Revisionen leicht beendet. Das Programm der griechischen Delegation scheint wie folgt feststeht zu sein: keine Revision des Vertrages von Sevres; Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade; Ermächtigung zur Aufnahme von Anleihen in England, Amerika und Frankreich und unbedingte Freiheit des Handels gegenüber Kemal-Pascha.

Man erwartet in London die türkischen Delegierten schon am nächsten Freitag. Die Delegierten von Angora sollen am Sonntag ankommen. Die deutsche Mission soll am 27. d. M. abreisen, die italienische Delegation mit dem Grafen Sforza am nächsten Sonntag, die belgische Mission ebenfalls am nächsten Sonntag.

Benjacos und Konstantin.

Paris, 17. Febr. Benjacos äußerte einem Mitarbeiter des „Temps“ gegenüber: Zwischen Konstantin und mir steht ein Abgrund, den man nicht überbrücken kann. Eine Welt trennt uns, nicht eine Postkarte. Ein Anfall hat Konstantin wieder nach Griechenland zurückgeführt, aber die Stimmung des Volkes wird ihn eines Tages gewiss plötzlich davonjagen, wie sie ihn zurückgerufen hat.

Poincaré und Briand.

London, 16. Febr. „Daily Chronicle“ meldet aus Paris: Die Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten könnte als eine Warnung für Briand angesehen werden, daß, wenn er von der Londoner Konferenz zurückkehrt, ohne etwas Endgültigeres als nur deutsche Versprechungen, die französischen Forderungen zu erfüllen, mitzubringen, seine Regierung rasch durch ein Kabinett Poincaré ersetzt werden würde, der, wenn nötig, nicht zögern würde, die Erfüllung der französischen Forderungen von Deutschland mit der Spitze des Bajonets zu erzwingen.

Paris, 16. Febr. „Le Renouveau“ beachtet die Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten als eine bedeutsame, merke Wahl und fragt, ob die Kommission denn nicht ihre Rechte hätte wahrnehmen können, ohne den gefährlichsten Mann des Parlamentes an die Spitze zu stellen. Poincaré sei gegenwärtig die Hoffnung aller Reaktionsäre und aller Chauvinisten, und zwar in dem Maße, daß sogar die Sozialisten nicht ausnahmslos entschlossen seien, gegen ihn den Block der Voten aufzurichten. Selbst der ihm nahestehende „Antirépublicain“ habe die Gefahr, die seine Diktatur für Frankreich bedeute, für so groß gehalten, daß er gestern abend einen Marcmus ausgesprochen habe. (R. T. A.)

Die Entwaffnung in Bayern.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 17. Febr. Wie wir zuverlässig erfahren, hat das Reichskabinett den Beginn der Entwaffnungssaktion in Bayern verweigert. Der Reichskommissar Dr. Peters begibt sich zunächst nicht nach München. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung die Ergebnisse der Londoner Besprechungen abwarten will. Auch die Entwaffnung der ostpreussischen Grenzwehren ist vorläufig nur angeordnet, ohne daß mit der Ausführung sofort begonnen wird.

Wulle und die „Deutsche Zeitung“.

Berlin, 17. Febr. Die „Deutsche Zeitung“ enthält folgende Erklärung: In eigener Sache! Bei dem Wechsel der Hauptleitung der „Deutschen Zeitung“ sind persönliche Differenzen zwischen uns in die Öffentlichkeit gelangt, die im Interesse der nationalen Bewegung durch ein von uns angemessenes Schiedsgericht einwandfrei geklärt und rechtlos beseitigt worden sind. (H. v. Schilling, gen. Wulle.)

Die Londoner Konferenz.

London, 16. Febr. Das Reutersbureau erfährt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James-Palast stattfinden werde, den der König zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt habe. Für die Presse werden Einladungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marshall Foch und General Bessand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

Französische Drohungen.

Genf, 17. Febr. Der „Temps“ meldet: Der Senatsausschuss für das Auswärtige hat einen Antrag angenommen, der sich gegen eine Wiederaufnahme der Handelsverhandlungen mit Deutschland ausspricht, so lange die Pariser Beschlüsse nicht von Deutschland angenommen sind.

Paris, 17. Febr. „Echo de Paris“ schreibt: Wenn die Deutschen in London sich nicht hüten und die Unterhandlungen abbrechen würden, würde sofort ein Schiff zur Verfügung des Dr. Simons und seiner Begleiter gestellt werden, um sie nach Deutschland zurückzubringen. Die Maßnahmen der Entente würden dann in Deutschland sehr bald den Wunsch aufkommen lassen, nach London zurückzukehren zu dürfen und sich auf Verhandlungen zu einigen, die sich außerordentlich den Pariser Konferenzergebnissen näherten.

Frankreich scheint sich mehr vor der Restlosigkeit der deutschen Regierung zu fürchten, als Deutschland vor den albernen französischen Drohungen.

Wilson lehnt ab.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Rotterdam, 17. Febr. Die „Times“ meldet aus New York: Die neue Einladung der Alliierten zur Teilnahme an den Londoner Besprechungen ist vom Präsidenten abermals abgelehnt worden. Bisher ist kein Einspruch Wilsons gegen die Pariser Beschlüsse erfolgt.

Die Kosten der feindlichen Besatzung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Washington, 17. Febr. Die Schulden Deutschlands an die Vereinigten Staaten für den Unterhalt der amerikanischen Truppen im deutschen Gebiete belaufen sich, wie ein Senator sagte, auf 28 Millionen Dollars. Dies schließt die Gesamtausgaben seit der Deklaration ein. Der Senator erklärte, daß er diese Information in der Absicht gebe, die Armeekorps zurückzugeben, um die Ausgaben abzuheben zu lassen, da Deutschlands Zahlungen noch in weiter Ferne lägen.

In dem Berichte der alliierten Sachverständigen auf der Brüssel Konferenz werden nach der „Europe Nouvelle“ die deutschen Angaben über die Unterhaltungskosten des Besatzungsheeres als unrichtig bezeichnet und es wird behauptet, daß die deutsche Regierung für die von ihr angegebene Kostensumme von 15 Milliarden und 5 Millionen in keiner Form bereit sei. Der „Volk. Sig.“ wird dazu von ausländischer Seite mitgeteilt, daß die Amerikaner bereits 36 Milliarden Papiermark aus dem liquidierten deutschen Eigentum zur Deckung der bisherigen Besatzungskosten angemeldet haben. Weiter enthält die deutsche Kostenangabe diejenigen Ansprüche, welche die deutschen Staatsbürger seit den ersten Tagen der Besetzung für den durch diese erlittenen Schaden geltend gemacht haben.

Verstärkung der französischen Besatzungsarmee.

Paris, 17. Febr. Die französische Militärbehörde hat in Mainz und in Basel 280 Privatwohnungen für Offiziere beschlagnahmt lassen. Die Maßnahme läßt auf eine weitere Verstärkung der französischen Besatzungsarmee schließen.

Ein französisch-englisches Flottenabkommen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Genf, 17. Febr. Die „Echo de Paris“ meldet, steht das französisch-englische Flottenabkommen vor der Unterzeichnung. Durch das Abkommen wird den vereinigten französisch-englischen Marinen die Hegemonie unter den Flotten der Erde gesichert.

Bau einer französischen Unterseebootsflotte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 17. Febr. Das französische Marine-Ministerium hat den für die Verteidigung der französischen Küsten durch Unterseeboote zu organisierten, untersucht und den Plan angenommen. Augenblicklich wird im Ministerium über den Umfang der von Frankreich zu bauenden Unterseeboote verhandelt. Admiral Journer, der als Sachverständiger gilt, schätzt vor, an der französischen Küste etwa 280 Unterseeboote zu stationieren und an der Südküste 60. Der Küstenschutz sei dadurch hinreichend gesichert, und man könne die großen Zerstörerflotten benutzen, um den Ueberseehandel zu schützen. Dadurch werde es möglich, daß Frankreichs Flottenansprüche nicht wesentlich erhöht zu werden brauchen und sich in möglichen Grenzen halten. Großkampfschiffe sollen nicht mehr gebaut werden.

Das Befinden der Kaiserin.

Berlin, 16. Febr. Aus Daus Doorn wird folgender ärztlicher Bericht über das Befinden der Kaiserin gemeldet: Die Verfallung der Ovarienkapseln verursacht eine lete Verminderung der Keimfähigkeitsfähigkeit des Ovariums, als deren Folgen starke Störungen in Leber und Nieren bestehen. Anfälle von Herzschwäche erhöhen den ersten Zustand. Eine Besserung kann bei dem unheilbaren, wenn auch langsameren Fortschreiten des Leidens nicht erwartet werden. (G. Dr. Boehmer.)

Moskauer Vorklässe in Wien und Prag.

(Von unserem künftigen Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 15. Februar. Am 22. Februar wird in Wien der Konarch der (schonmal) zweiten sozialistischen Internationale zusammenzutreten. Ein Versuch im großen, ein Gebäude zu haben, das unter den wichtigsten Stößen der gefühligsten Moskauer Machthaber in allen Augen frucht und wankt. Die Einladung befragt, Zweck der Tagung sei es, alle jene sozialistischen Parteien der einzelnen Länder zu vereinigen, die aus der zweiten Internationale ausgeschieden sind und auf revolutionärem Boden stehen, ohne der dritten Internationale angegeschlossen zu sein. Also eine neue, eine vierte Internationale oder die Internationale „am eichen haß“, wie die Moskauer Anhänger sie wörtlich bezeichnen, soll geschaffen werden, nachdem die ersten beiden ihre Existenzunfähigkeit bewiesen haben und die gegenwärtig noch Parteiberechtigten beanspruchende kommunistische Internationale nicht inlande ist, all die verschieden orientierten Parteien und Parteien im sozialistischen Lager unter einen Hut zu bringen. Als Gründer dieser beabsichtigten neuen Internationale bezeichnen sich vor allem der rechte Flügel der Unabhängigen in Deutschland — der linke ist bereits ins kommunistische Lager übergegangen —, die Arbeiterpartei in Frankreich — die Arbeiterpartei hat sich auf dem letzten Parteitag für Moskau entschieden —, die Italiener unter Serrati, der noch amtierende Parteivorsitzende mit Moskau verbunden hat, daß es sich allein doch gemächlicher leben läßt, und schließlich die österreichische Sozialdemokratie mit Adler an der Spitze. Bei den trüben Erfahrungen, die man schon mit dem Bolschewistenstern in Bayern, Ungarn und nicht zuletzt in Rußland selbst gemacht hatte, schien es den Parteiführern, die das Gremium der neuen Internationale zusammenzusetzen, nicht mehr geraten, sich bedingungslos diesem System zu verschreiben. Die Gefahr war doch zu groß, daß die Massen dem Sozialismus überhaupt untreu werden. Moskau ist also jetzt nicht mehr Konjunktur zu sein, das Schlagwort von der Diktatur hat an Kraftkraft gewaltig eingebüßt. Aber die Massen durften natürlich nicht zur Ruhe kommen, es durfte ihnen keine Zeit zum Nachdenken gelassen werden, damit sie nicht etwa bei ruhiger Ueberlegung die Vorklässe dieser ganzen sozialistischen Aufmachungen erkennen.

Selbstverständlich macht Moskau durchaus keine gute Miene zum bösen Spiel. In letzter Zeit verschärften sich seine Vorklässe namentlich in Wien und Prag, wo die russischen Sowjet-Delegierten unermessene Beiträge in den Dienst ihrer Parteiführer stellen. In der Tschechoslowakei ist es noch schlimmer, daß der russische Sowjet-Delegierte mit Millionen an der Stärkung der kommunistischen Richtung gearbeitet hat. Seit dem Eintreffen der Delegierten in Prag läßt sich die Radikalisierung der linkssozialistischen Gruppe und die Stärkung der kommunistischen Partei infamistisch verfolgen. Die verächtlichsten kommunistischen Blätter sind aktiv geworden, die Spaltung hat sich vollzogen und der offen bis zum Generalstreik geführte Kampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Tschechoslowakei ist noch in aller Erinnerung. Der russische Sowjet-Delegierte in Wien, Herr Barshawski-Wronski, gehört zu den letzten Vermächtnissen des ehemaligen sozialdemokratischen Staatssekretärs für Österreich, Dr. Renner. Er hat auf Grund des samalen Konventionen-Vertrages Eingang in Oesterreich gefunden, angeblich zur Förderung des Arizenzschonenaustausch. In Wirklichkeit läßt sich sein Wirken in Wien an dem Erstarken des Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei verfolgen. Die österreichische kommunistische Partei ist nicht stark, wohl aber konstantier geworden. Der Abfall der Bren-Gruppe von den gemäßigten Sozialisten, noch mehr aber der Zusammenstoß dieser Gruppe mit den Kommunisten war zweifellos nur möglich durch die materielle Unterstützung, die durch den russischen Sowjet-Delegierten ausgedehnt wurde. Die Stärkung des kommunistischen Einflusses in Oesterreich offenbart sich weniger in einer Vermehrung der Partei selbst, als vielmehr in einer Radikalisierung der Partei macht. Das Wiener kommunistische Organ konstantiere erst vor wenigen Tagen mit Stolz, daß ungefähr die Hälfte der österreichischen Wehrmacht im kommunistischen Lager steht. Da der Einfluß des Dr. Bren insbesondere in der Wehrmacht nie bedeutend war, zeigt sich darin die Wirkung des Uebergangs der Bren-Gruppe in die kommunistische Partei.

Die tschechische Regierung behauptet, im Besitze von Dokumenten zu sein, die die Propagandapläne der Moskauer Sowjet-Regierung für die nächste Zukunft enthalten. In diesen Propagandaplänen wird das Hauptgewicht auf die Verbreitung des Kommunismus in den Armeen der an Rußland angrenzenden Staaten gelegt. In der Tschechoslowakei hat bereits eine Spaltung zwischen den Nationalen Legionären und den radikalen sozialistischen Legionären stattgefunden. Die Konfaltung der Wiener kommunistischen Organe würde nur bedeuten, daß der bolschewistische Einfluß auch in der österreichischen Wehrmacht zugenommen hat und offenbar mit russischem Geld unterstützt worden ist. All dies ist eine trübe Begleitmusik zu dem in Wien zusammenzutretenden Konarch der neuen sozialdemokratischen Internationale.

Englischer Sieg über die Somalis.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) London, 17. Febr. Nach einem amtlichen Bericht aus dem Somaliland ist die Macht des tollen Mullahs, des Herrschers des Somalilandes, jetzt vernichtet worden. Nach 34 Jahren hatten Kämpfe in es 200 Kämpfer und 11 Kampfacroplanen gefangen, ihn zu besigen. Sie besetzten die Festung der Eingeborenen mit Bomben, und alle Hauptlinge, bis auf Mullah, wurden, als sie flohen, gefötet oder gefangen genommen.

Lohnabbau in England?

London, 16. Febr. Das sozialistische Blatt „Daily Herald“ berichtet: Die Grubenbesitzer von England hätten sich entschlossen, Ausparungen vorzunehmen, um die Löhne der Bergarbeiter dem Kohlenpreise entsprechend zu verringern. (W. T. B.)